



DDR: Verteilungswirkungen von Verbraucherpreissubventionen und indirekten Steuern	635
Mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte	646

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/89

Berlin

21. Dezember 1989

56. Jahrgang

DDR: Verteilungswirkungen von Verbraucherpreissubventionen und indirekten Steuern*

Verbraucherpreissubventionen sind in der Vergangenheit von der DDR-Führung stets als wesentliches Element ihrer Verteilungs- bzw. Sozialpolitik herausgestellt worden. Durch diese Subventionen wurde — trotz steigender Kosten auf Betriebsebene — die Versorgung aller Schichten der Bevölkerung mit Gütern des Grundbedarfs zu stabilen, niedrigen Preisen gesichert („zweite Lohntüte“). Die von Jahr zu Jahr höheren Aufwendungen für Subventionen sind indes von der Bevölkerung und auch von Wissenschaftlern zunehmend kritisch diskutiert worden — zumeist aber nur intern. Das war vermutlich der Anlaß für eine von „oben“ initiierte öffentliche Erörterung der Subventionspolitik; sie hatte Rechtfertigungscharakter und verlief nach bewährtem Muster.

Zunächst sprach sich eine Mutter von zwei Kindern, offenbar gedacht als Sprachrohr weiter Teile der Basis, im Oktober 1988 entschieden für die Beibehaltung der Subventionen aus¹. Es folgte die Bekräftigung durch hochrangige Politiker, daß sich an der bisherigen Praxis nichts ändern werde². In der dritten Runde nahmen bekannte Wissenschaftler zu dem Thema Stellung; sie äußerten sich zwar differenziert, plädierten aber letztlich auch eindeutig für ein Festhalten an dem eingeschlagenen Kurs³.

Nach der Wende im Herbst 1989 sind die Subventionen zu einem der großen Themen der anstehenden Wirtschaftsreform geworden. Mit Sicherheit wird es zu Veränderungen kommen — das Finanzministerium der DDR erarbeitet derzeit Vorschläge⁴ —, wahrscheinlich aber nicht zu einer vollständigen Abschaffung der Verbraucherpreissubventionen. Ihr Abbau in bestimmten Bereichen soll „sozial vollständig ausgeglichen werden“⁵.

Preisbildungsmechanismus

Den Preisen auf der Betriebsebene liegen die Kosten und der Gewinn des Produzenten zugrunde. Bevor die Erzeugnisse an den Handel verkauft und dann mit relativ geringen Handelsspannen an den Verbraucher abgegeben werden, greift der Staat in vielen Fällen in die Preisgestaltung ein. Aus verteilungspolitischen Gründen werden die Industrieabgabepreise gegenüber den Betriebspreisen entweder durch Subventionen reduziert oder mittels indirekter Steuern (produktgebundene Abgaben) heraufgesetzt.

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages, den der Bearbeiter auf dem 15. Symposium der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen am 24. November 1989 im Reichstag in Berlin gehalten hat. Der Beitrag wird auch in der Reihe „FS-Analysen“ der Forschungsstelle abgedruckt (in Vorbereitung).

¹ Vgl. Gudrun Ullrich: Subventionen für soziale Sicherheit. In: Neues Deutschland vom 21. Oktober 1988, S. 5.

² Vgl. etwa Günter Schabowski: Klares und erprobtes Konzept für die Aufgaben unserer Zeit. In: Neues Deutschland vom 21. Oktober 1988, S. 5. — Willi Stoph: Mit dem Plan setzen wir die Politik sozialer Sicherheit und der Vollbeschäftigung fort. In: Neues Deutschland vom 15. Dezember 1988, S. 3 f. — Scha-

Selbstkosten
+ Gewinn

= Betriebspreis
— Subventionen
oder
+ indirekte Steuern (produktgebundene Abgaben)

= Industrieabgabepreis
+ Großhandelsspanne (Kosten + Gewinn)
+ Einzelhandelsspanne (Kosten + Gewinn)

= Endverbraucherpreis

Die Betriebe erhalten zwar die Subventionen bzw. müssen die Steuern abführen, in beiden Fällen werden aber die Preisveränderungen bis zur Endstufe weitergegeben; letztendlich sind die Verbraucher die Begünstigten bzw. die Betroffenen.

Abgrenzungsprobleme

Subventionen und Steuern gibt es in der DDR auf den unterschiedlichsten Ebenen. Die folgende Betrachtung beschränkt sich auf die Geldströme, die unmittelbar mit dem erläuterten Preismechanismus zusammenhängen. Es handelt sich dabei um die im Staatshaushalt der DDR ausgewiesenen Positionen:

- Preisstützungen zur Sicherung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs sowie von Tarifen und von Dienstleistungen für die Bevölkerung,
- Baureparaturen am Wohnungsbestand sowie Wirtschaftsaufwendungen für das Wohnungswesen (ohne Neubau und Modernisierung).

Außer Ansatz bleiben alle anderen Subventionen, etwa die Stützungen für Produktionsmittel oder für Roh- und Grundstoffe auf der Betriebsebene.

Von den Steuern werden nur die produktgebundenen Abgaben der volkseigenen Wirtschaft auf Konsumgüter einbezogen, nicht jedoch

- produktgebundene Abgaben auf Produktionsmittel (obwohl sie über die Kostenrechnung die Betriebspreise der Konsumgüter beeinflussen),
- produktgebundene Abgaben der Genossenschaften und der Privatwirtschaft (werden in der Statistik nicht explizit ausgewiesen),
- andere preisrelevante Steuern wie der Beitrag für gesellschaftliche Fonds (Lohnsummensteuer) und die Nettogewinnabführung.

Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die Betriebspreise zuzüglich Handelsspannen als echte Faktorpreise angesehen werden. Tatsächlich entstehen durch administrative Preisfestsetzungen schon auf der Betriebsebene erhebliche Verzerrungen im Preisgefüge.

Ausmaß der Subventionen und der indirekten Besteuerung

Subventioniert werden in der vorgenommenen Abgrenzung

- der Grundbedarf an Lebensmitteln — vor allem Kartoffeln, Nahrungsmittel, Backwaren, Milch und Milchprodukte, Fleisch und Wurstwaren, Fisch, Kindernahrung;
- ein Teil der Industriewaren — insbesondere Kinderbekleidung und -schuhe, Schulbedarf, manche Druckerzeugnisse, Gas, Strom, Wasser, feste Brennstoffe und etliche der sogenannten 1000 kleinen Dinge des täglichen Bedarfs (bis hin zu Sicherheitsnadeln, Besenstielen und Schnittblumen), aber auch höherwertige Konsumgüter wie Mopeds. Seit 1976 führt die DDR fortlaufend Industriepreisreformen durch. Im Ergebnis stiegen dadurch die Betriebspreise, während die Industrieabgabepreise häufig nicht verändert wurden. Auf diese Weise rutschten immer mehr Industriewaren in den Kreis der subventionierten Güter hinein, die vormals noch Steuern eintrugen:
- Mieten und Pachten;
- öffentlicher Personenverkehr (auch Taxi);
- Reparaturen und Dienstleistungen — speziell Wäschereien und Reinigungen.

Die Subventionsquoten (Subventionen in vH der Endverbraucherpreise) bewegen sich zwischen 20 und 400 vH⁶. Im Ergebnis zeigt sich beispielsweise⁷:

	Einzelhandelspreis	Subventionen
Salami, kg	10,80 M	13,99 M
Kinderschlafanzug	18,00 M	21,72 M

Produktgebundene Abgaben werden auf Industriewaren und auf Genußmittel, aber auch auf höherwertige Lebensmittel erhoben. Steuerquoten sind im einzelnen nicht bekannt. Generell gilt, daß Güter des gehobenen Bedarfs stärker belastet werden als einfache Waren. Beispiel: ein Farbfernseher kostet 6 250,— M, 1 Pfund Bohnenkaffee 40,— M.

bowski tritt heute übrigens für den Abbau der Subventionen ein (vgl. Interview mit ihm in der Wirtschaftswoche, Nr. 45/1989, S. 21).

³ Vgl. Jürgen Kuczynski: Ein einzigartiger Lebensstandard insofern als... In: Neues Deutschland vom 22. Dezember 1988, S. 2. — Derselbe: Echo eines Artikels. In: Neues Deutschland vom 28. Januar 1989, S. 2. — Otto Reinhold: Fragen zu einem aktuellen Thema. In: Tribüne vom 16. Februar 1989, S. 5.

⁴ Vgl. Ernst Höfner: Reisemittel, Subventionen, Besteuerung der Handwerker. In: Neues Deutschland vom 8. November 1989, S. 3.

⁵ So die neue Ministerin der Finanzen und Preise in der DDR, Uta Nickel. In: Neues Deutschland vom 2./3. Dezember 1989, S. 3.

⁶ Vgl. Otto Reinhold, a.a.O.

⁷ Vgl. Tribüne vom 21. November 1989, S. 3.

Das Gesamtvolumen der so abgegrenzten Subventionen lag 1988 bei 58 Mrd. Mark, das war rund ein Fünftel der Ausgaben des Staatshaushalts. Das Volumen der indirekten Steuern auf Konsumgüter belief sich auf 23 Mrd. Mark⁸.

Folgen der Preispolitik

Die bisherige Preispolitik hat bei den Produzenten, im Handel und bei den Konsumenten zu Reaktionen geführt. Viele davon sind unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten negativ zu bewerten.

Negative Folgen der Subventionspolitik sind u.a.:

- Verschwendung von Lebensmitteln.
Der Pro-Kopf-Verbrauch ist im internationalen Vergleich bei zahlreichen Lebensmitteln sehr hoch, die Konsequenz — ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung leidet an Übergewicht. Lebensmittel werden in der Tierhaltung verfüttert, weil sie billiger sind als Futtermittel.
- Ausnutzung von Preisunterschieden.
Der Einkaufspreis von Agrarprodukten liegt oft über den Einzelhandelspreisen. Dies gibt den Erzeugern die Möglichkeit, die von ihnen an den Handel verkauften Produkte mit Gewinn zurückzukaufen.
- Verhinderung von Kostensenkungen.
Höhere Kosten auf Betriebsebene werden durch steigende Subventionen aufgefangen und tangieren nicht die Verbraucher.
- Versorgungsmängel bei billigen Gütern.
Die Handelsspannen beziehen sich auf die Industrieabgabepreise. Bei subventionierten Gütern sind die Erlöse demnach vergleichsweise klein und bieten dem Handel keinen Anreiz.
- Umweltbelastungen.
Subventionen auf Naturressourcen (Energie, Wasser) leisten der Vergeudung Vorschub, wodurch die Umwelt zusätzlich belastet wird.
- Verteilung nach dem Gießkannenprinzip.
Mit Subventionen werden nicht nur die Gruppen erreicht, die sie nötig haben. Das gilt selbst dann, wenn sie auf bestimmte Zielgruppen abstellen. Es werden z.B. jährlich 27 Mill. Paar Kinderschuhe produziert⁹, rechnerisch entfallen auf jedes Kind neun Paar. Kinderschuhe und auch -bekleidung werden nicht nur für Kinder in der DDR gekauft, sondern auch von Erwachsenen mit kleinen Konfektionsgrößen und von Bürgern anderer Staaten.
- Käufe durch Bürger anderer Staaten.
Sie können Versorgungsengpässe hervorrufen und verursachen volkswirtschaftliche Verluste. Dieses Problem tritt immer dann auf, wenn Wechselkurse und Verbrauchergeldparitäten weit auseinanderklaffen

(z.B. die Relation Mark der DDR zu D-Mark) oder bei Güterknappheit in den Herkunftsländern (z.B. Polen). Besonders groß ist der Anreiz zum Kauf von subventionierten Waren. Das Volumen dieser Käufe 1989 wurde Mitte November vom Ministerium für Handel und Versorgung der DDR auf 2,5 Mrd. Mark geschätzt (bewertet zu Endverbraucherpreisen)¹⁰.

- Deformationen auf dem Wohnungsmarkt.
Die Subventionen verhindern eine Wohnraumlenkung über die Miete. Selbst für kleine Haushalte mit niedrigen Einkommen besteht kaum Anlaß, große Wohnungen aufzugeben. Häufig leben ältere, alleinstehende Personen in geräumigen Altbauwohnungen, während junge Familien mit Kindern sehr beengt untergebracht sind¹¹. Unterbelegte Wohnungen werden z.T. zu hohen Preisen untervermietet, subventionierter Wohnraum erweist sich so als Gewinnquelle. Trotz Wohnraumbewirtschaftung besitzen, u.a. wegen der niedrigen Mieten, nicht wenige Personen zwei Wohnungen. Die Mieteinnahmen reichen nicht aus, um die Instandhaltung zu sichern. Betroffen sind besonders die Wohngebäude in Privatbesitz, weil keine Subventionen für die Instandhaltung zur Verfügung gestellt werden.

Angesichts der Vielzahl der durch Subventionen entstandenen Defekte drängt sich die Frage auf, warum an ihnen festgehalten wurde. Vorgebracht werden mehrere Argumente:

- Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs aller Schichten der Bevölkerung.
- Negative Folgen bei Abschaffung der Subventionen.
Im Personenverkehr käme es zu einer Verlagerung vom öffentlichen zum Individualverkehr (zusätzliche Umweltbelastung). Ein Ausgleich der Subventionen in Form von höheren Einkommen würde zu einem sparsameren Verbrauch bei bisher subventionierten Gütern und zu einer Nachfrageverlagerung auf hochwertige Industriewaren führen. Das Angebot in diesem Bereich reicht aber schon jetzt nicht aus. Es käme zu einer Entwertung der Spareinlagen bei ihrer Verwendung für zuvor subventionierte Güter.

⁸ Produktgebundene Abgaben werden sowohl auf Konsumgüter als auch auf Produktionsmittel erhoben (insgesamt 43 Mrd. Mark). Bisher ging die westliche DDR-Forschung davon aus, daß diese Steuern nahezu vollständig den Konsumgütern auferlegt werden, nach neueren Informationen ist das jedoch nicht der Fall.

⁹ Vgl. Berliner Zeitung vom 18./19. November 1989, S. 5.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Das Problem der Wohnraumfehlbelegung ist sehr komplex. Selbst wenn ältere Menschen zum Wohnungstausch bereit sind, so erwarten sie zu Recht, daß die neue Wohnung in der Nähe ihrer alten liegt und mindestens die gewohnte Ausstattung bietet (z.B. Telefon). Das kann in vielen Fällen nicht gewährleistet werden. — Vgl. zu diesem Thema Carola Freundt: Sorgen um die „dritte Haut“. In: Weltbühne vom 14. November 1989, S. 1462 ff.

Tabelle 1

Privater Verbrauch und Umverteilung durch Subventionen und produktgebundene Abgaben 1988

	(1) Ausgaben	(2) Subventionen	(3) produktge- bundene Abgaben	(4) Umvertei- lungssaldo	(5) Aufwendungen insgesamt (1) + (4)	(6) Subventions- quoten (2):(1)	(7) Abgabe- quoten (3):(1)	(8) Umvertei- lungsquoten (4):(1)
	in Mrd. Mark				in vH			
Warenkäufe	126,0	44,3		21,3	147,3	35,2		16,9
davon:								
Nahrungsmittel	37,4	31,9		31,9	69,3	85,3		85,3
Genußmittel	22,8		23,0	-10,6	78,0	18,8	26,0	-12,0
Industriewaren (einschl. Strom, Gas, Wasser)	65,8	12,4						
Leistungen	17,2	13,2		13,2	30,4	76,7		76,7
davon:								
Mieten und Pachten (einschl. Fernhei- zung und Fernwarm- wasser)	3,3	7,7		7,7	11,0	233,0		233,0
Verkehrsleistungen	2,7	5,0		5,0	7,7	185,0		185,0
Reparaturen und Dienstleistungen	6,2	0,5		0,5	6,7	8,1		8,1
Privater Verbrauch	143,2	57,5	23,0	34,5	177,7	40,6	16,1	24,1
Ersparnis und übrige Ausgaben	19,4				19,4			
Nettoeinkommen	162,6				197,1			

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Das Für und Wider der produktgebundenen Abgaben läßt sich kurz in drei Punkten zusammenfassen:

- Sie bilden eine wichtige Einnahmequelle für den Staatshaushalt.
- Sie wirken dämpfend auf die Nachfrage nach knappen Gütern.
- Sie schließen die unteren Einkommensklassen vom Kauf von Waren des gehobenen Bedarfs aus.

Wirkungen der Preispolitik auf die Einkommensverteilung

Um auch die direkten Folgen der Preispolitik auf die Einkommensverteilung beurteilen zu können, wurde der Versuch einer näherungsweisen Quantifizierung mit Hilfe von Modellrechnungen unternommen. Der Ausgangspunkt war dabei die Makroebene — der private Verbrauch insgesamt. Davon abgeleitet wurden Berechnungen auf der Mikroebene für ausgewählte private Haushalte verschiedener sozialer Gruppen durchgeführt, z.T. auch geschichtet nach der Einkommenshöhe.

Die Vorgehensweise in groben Zügen: Dem privaten Verbrauch, aufgegliedert nach Verwendungszwecken, wurden die Subventionen und die indirekten Steuern gegenübergestellt (Tabelle 1). Daraus ließen sich die Umverteilungssalden und der private Verbrauch zu Faktorpreisen (Aufwendungen insgesamt) ermitteln, außerdem Verhältniszahlen (Subventionen, Abgaben und Umverteilungssaldo in vH der Ausgaben für den privaten Verbrauch). Mit den so gewonnenen Quoten (Kästchen in Tabelle 1) wurden auf der Mikroebene die Subventionen und Steuern für sechs Haushaltstypen errechnet. Die zusammengefaßten Ergebnisse sind in den Tabellen 3 bis 5 enthalten.

Mit der Benutzung von konstanten Subventions- und Abgabequoten für alle Haushaltstypen (Modell I) wurde freilich implizit unterstellt, daß sich der Verbrauch innerhalb der einzelnen Verwendungszwecke überall anteilmäßig gleich zusammensetzt. Damit kommen abweichende Ergebnisse bei der Umverteilung für die betrachteten Haushalte lediglich aufgrund der Strukturunterschiede zwischen den großen Verwendungszwecken und aufgrund der Einkommensdifferenzen zustande. Die getroffene Annahme ist jedoch unrealistisch.

Tabelle 2

**Subventions- und Abgabequoten
in vH**

	Modell I				Modell II			
	(konstant für alle Haushalte)		Arbeiter und Angestellte		LPG-Mitglieder		Rentner	
	Subven- tionsquoten	Abgabe- quoten	Subven- tionsquoten	Abgabe- quoten	Subven- tionsquoten	Abgabe- quoten	Subven- tionsquoten	Abgabe- quoten
Warenkäufe								
Nahrungsmittel	85,3		75,0		80,0		95,0	
Genußmittel		26,0		30,0		25,0		15,0
Industriewaren (einschl. Strom, Gas, Wasser)	18,8		12,0		15,0		25,0	
Leistungen davon:								
Mieten und Pachten	233,0		233,0		233,0		233,0	
Verkehrsleistungen	185,0		190,0		185,0		180,0	
Reparaturen und Dienstleistungen	8,1		8,0		5,0		10,0	

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

noch Tabelle 2

**Subventions- und Abgabequoten
in vH**

	Modell II Drei-Personen-Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit Nettoeinkommen ...							
	unter 1 600 Mark		1 600 bis unter 2 000 Mark		2 000 bis unter 2 400 Mark		2 400 Mark und mehr	
	Subven- tionsquoten	Abgabe- quoten	Subven- tionsquoten	Abgabe- quoten	Subven- tionsquoten	Abgabe- quoten	Subven- tionsquoten	Abgabe- quoten
Warenkäufe								
Nahrungsmittel	90,0		80,0		70,0		60,0	
Genußmittel		20,0		25,0		30,0		35,0
Industriewaren (einschl. Strom, Gas, Wasser)	18,0		14,0		11,0		9,0	
Leistungen davon:								
Mieten und Pachten	233,0		233,0		233,0		233,0	
Verkehrsleistungen	200,0		195,0		190,0		185,0	
Reparaturen und Dienstleistungen	12,0		10,0		8,0		6,0	

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

In einem weiteren Rechengang sind die Quoten deshalb variiert worden (Modell II). Dabei wurde von der Überlegung ausgegangen, daß bei niedrigen Einkommen anteilig mehr subventionierte Güter gekauft werden, das ist gleichbedeutend mit überdurchschnittlich hohen Subventionsquoten. Dementsprechend werden bei kleinen Einkommen anteilig weniger hochbesteuerte Genußmittel und technische Konsumgüter gekauft (vergleichsweise geringe Abgabequoten). Von dieser Grundregel wurde in manchen Fällen abgegangen, u.a. bei Verwendungszwecken mit nur einem Gut oder wenigen Gütern (Mieten, Verkehrsleistungen), weil dort Aufwendungen und Subventionen in einem relativ festen Verhältnis zueinander stehen. Tabelle 2 zeigt die dem Modell II zugrunde gelegten Quoten, die Resultate sind in den Tabellen 6 bis 8 angeführt.

Das Vorgehen richtete sich nach der Datenlage, diese ist bisher äußerst dürftig¹². Zur Verfügung standen lediglich Angaben über die gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen für Subventionen, die Zusammensetzung des Verbrauchs der untersuchten Haushaltstypen (Anteile in vH) sowie eine Einkommensschichtung der Drei-Personen-Arbeiter- und Angestellten-Haushalte. Weiter wurden aber benötigt der private Verbrauch aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (gegliedert nach Verwendungszwecken), die Summe der produktgebundenen Abgaben auf Konsumgüter und die durchschnittlichen

Einkommen der einbezogenen Haushalte. Diese Daten wurden mit Hilfe zahlreicher Einzelinformationen geschätzt und können als relativ gut gesichert gelten. Das trifft nicht für die auf der Mikroebene verwendeten Subventions- und Abgabequoten zu. Deshalb sind die Ergebnisse der Modellrechnungen für die ausgewählten Haushalte nur als einigermaßen realitätsnah anzusehen; die Absolutbeträge bilden die Tendenzen wohl richtig ab.

Die Berechnungen auf der Makroebene (Tabelle 1) haben ergeben, daß bei 100 Mark Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel nochmals 85 Mark an Subventionen aufgewendet werden. Bei Industriewaren ist das Verhältnis mit durchschnittlich 19 Mark für Subventionen erheblich kleiner. Die relativ höchsten Stützungen weisen die Bereiche Mieten/Pachten und Verkehr mit 233 Mark bzw. 185 Mark auf. Bei Reparaturen und anderen Dienstleistungen sind sie dagegen gering. Aufgrund ihres großen Gewichts entfällt gesamtwirtschaftlich gesehen mit 32 Mrd. Mark (mehr als 50 vH aller Subventionen) auf Nahrungsmittel der mit Abstand höchste Betrag. Industriewaren und alle Dienstleistungen zusammen schlagen mit je 12 bis 13 Mrd. Mark zu Buche.

¹² Nach der Wende wurde vom Direktor der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die Zukunft indes mehr Information versprochen. — Vgl. Arno Donda: Daten und Entwicklungsrichtungen, die real und überschaubar sind. In: Neues Deutschland vom 16. November 1989, S. 3.

Tabelle 3

Modell I
Umverteilung durch Subventionen und produktgebundene Abgaben
in ausgewählten privaten Haushalten 1988

Haushaltstyp	(1) Durchschnittliches Nettoeinkommen	(2) Ausgaben privater Verbrauch	(3) Subventionen	(4) produktgebundene Abgaben	(5) Umverteilungssaldo	(6) Aufwendungen insgesamt (2) + (5)	(7) Subventionsquoten (3):(2)	(8) Abgabequoten (4):(2)	(9) Umverteilungsquoten (5):(2)
	in Mark je Monat						in vH		
Arbeiter und Angestellte	2 050	1 620	686	243	443	2 062	42,3	15,0	27,3
LPG-Mitglieder	2 350	1 697	658	269	389	2 086	38,7	15,9	22,9
Rentner (ohne Erwerbseinkommen)	720	641	348	79	269	910	54,2	12,3	42,0
Drei-Personen Arbeiter und Angestellte mit Nettoeinkommen									
unter 1 600 Mark	1 340	1 225	585	171	414	1 639	47,8	14,0	33,8
1 600 bis 2 000 Mark	1 815	1 599	695	238	457	2 056	43,5	14,9	28,6
2 000 bis 2 400 Mark	2 175	1 786	752	268	484	2 270	42,1	15,0	27,1
2 400 Mark und darüber	2 890	2 043	789	322	467	2 510	38,6	15,8	22,9

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Abbildung 1: Modell 1

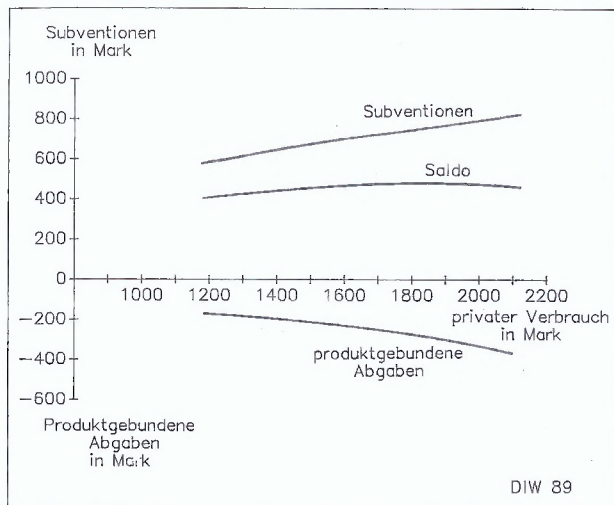
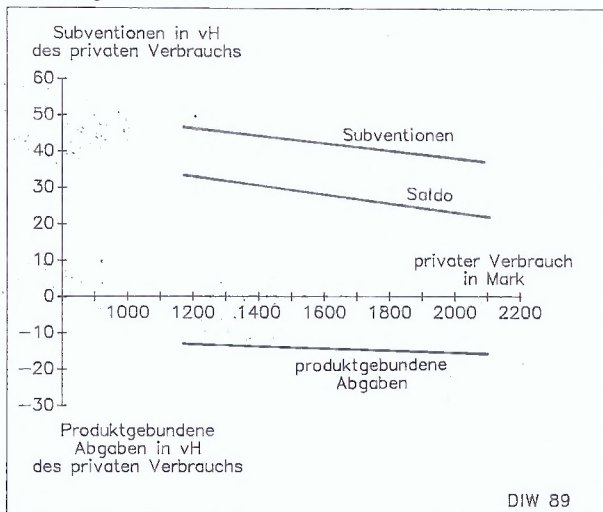


Abbildung 2: Modell 1



Den Subventionen stehen die indirekten Steuern gegenüber. In 100 Mark Ausgaben für Genußmittel und Industriewaren sind durchschnittlich 26 Mark indirekte Steuern enthalten. Die Abgaben in diesen Verwendungsbereichen übersteigen die Subventionen bei weitem. Im Gesamtdurchschnitt entfallen saldiert (Subventionen gegen indirekte Steuern) auf 100 Mark Verbrauchsausgaben 24 Mark Zuschüsse; absolut beträgt der Saldo insgesamt 35 Mrd. Mark.

Bei den Berechnungen auf Mikroebene (Modell I) zeigt sich, daß die Subventionen mit höheren Haushaltseinkommen zwar zunehmen, aber unterdurchschnittlich (Tabelle 3). Abgesehen von den Rentnerhaushalten gibt es zwischen den Stützungsbeträgen keine sehr großen Unterschiede. Anders verhält es sich mit den indirekten Steuern, sie steigen mit höherem Einkommen beträchtlich. Die saldierten Werte weisen bei den Haushalten von Erwerbstätigen eine weitgehende Gleichverteilung auf. In

Tabelle 4

Modell I
Umverteilung durch Subventionen und produktgebundene Abgaben
in ausgewählten privaten Haushalten 1988
je Haushaltsmitglied

Haushaltstyp	(1) Durchschnittliches Nettoeinkommen	(2) Ausgaben privater Verbrauch	(3) Subventionen	(4) produktgebundene Abgaben	(5) Umverteilungssaldo	(6) Aufwendungen insgesamt
	in Mark je Monat					
Arbeiter und Angestellte	707	559	237	84	153	711
LPG-Mitglieder	712	514	199	82	118	632
Rentner (ohne Erwerbseinkommen)	514	458	249	56	192	650
Drei-Personen Arbeiter und Angestellte mit Nettoeinkommen						
unter 1 600 Mark	447	408	195	57	138	546
1 600 bis 2 000 Mark	605	533	232	79	152	685
2 000 bis 2 400 Mark	725	595	251	89	161	757
2 400 Mark und darüber	963	681	263	107	156	837

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 5

Modell I
Relationen beim privaten Verbrauch vor und nach der Umverteilung
in ausgewählten privaten Haushalten 1988
 Bezugsbasis: Haushalte von Arbeitern und Angestellten

Haushaltstyp	je Haushalt				je Haushaltsmitglied			
	vor der Umverteilung		nach der Umverteilung		vor der Umverteilung		nach der Umverteilung	
	in Mark	in vH	in Mark	in vH	in Mark	in vH	in Mark	in vH
Arbeiter und Angestellte	1 620	100	2 062	100	559	100	711	100
LPG-Mitglieder	1 697	105	2 086	101	514	92	632	88
Rentner (ohne Erwerbseinkommen)	641	40	910	44	458	82	650	91
Drei-Personen Arbeiter und Angestellte mit Nettoeinkommen								
unter 1 600 Mark	1 225	76	1 639	80	408	73	546	77
1 600 bis 2 000 Mark	1 599	99	2 056	100	533	95	658	96
2 000 bis 2 400 Mark	1 786	110	2 270	110	595	106	757	107
2 400 Mark und darüber	2 043	126	2 510	122	681	122	837	118

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

der relativen Betrachtung entsteht ein abweichendes Bild: Je höher die Einkommen, desto kleiner ist die Subventionsquote. Auch per Saldo verringert sich das Gewicht der Stützungen mit steigendem Einkommen. Das heißt, alle Haushalte von Erwerbstätigen werden zwar mit etwa gleich hohen Beträgen (390 bis 485 Mark) bezuschußt, sie wiegen aber bei Einkommen von beispielsweise 1 350 Mark schwerer als bei Bezügen von 2 900 Mark. Diese Zusammenhänge sind für Drei-Personen-Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in Abbildung 1 und 2 dargestellt.

Die materielle Lebenslage des einzelnen hängt vom Haushaltseinkommen und der Zahl der Personen ab, die zu versorgen sind. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 1988 bei Arbeitern und Angestellten 2,9 Personen, bei LPG-Mitgliedern 3,3 und bei Rentnern 1,4. In der Pro-Kopf-Betrachtung fügen sich die Subventions- und Steuerbeträge der Rentner — wegen der kleineren Haushaltsgröße — in das generelle Bild ein (Tabelle 4).

Im Modell II, es ist vermutlich realitätsnäher als das erste, treten die gezeigten Tendenzen noch deutlicher in Erscheinung. Die Verteilung der Stützungsbeträge je Haushalt ist noch gleichmäßiger, die Unterschiede in der steuerlichen Belastung sind krasser. Der Umverteilungssaldo reduziert sich für höhere Einkommen ganz erheb-

lich und tendiert gegen Null. Allgemein ist festzuhalten, daß die bisherige Preispolitik in der DDR starke Auswirkungen auf die Einkommensverteilung hat. Grundsätzlich wird die ohnehin geringe Einkommensdifferenzierung über die Subventionierung und Besteuerung des privaten Verbrauchs weiter nivelliert (Tabellen 6 bis 8, Abbildungen 3 und 4).

Lösungsszenarien

Für die Veränderung im Preissystem sind zahlreiche Szenarien vorstellbar; das Spektrum reicht von der ersatzlosen Abschaffung der Subventionen und der indirekten Steuern über Preismodifizierungen mit flankierenden Ausgleichsmaßnahmen für bestimmte Gruppen bis zu einem vollen Ausgleich für alle Bevölkerungsschichten. Auf jeden Fall sollten die Subventionen in ihrer bisherigen Form abgeschafft werden, doch gilt es, diesen Abbau sozial verträglich zu gestalten. In diese Richtung bewegt sich auch die öffentliche Diskussion in der DDR.

Der Übergang von der Objekt- auf eine Subjektförderung ist in etlichen Fällen relativ problemlos durchzuführen, nämlich bei Gütern, die

Tabelle 6

Modell II
Umverteilung durch Subventionen und produktgebundene Abgaben
in ausgewählten privaten Haushalten 1988

Haushaltstyp	(1) Durchschnitt- liches Netto- einkommen	(2) Ausgaben privater Verbrauch	(3) Subven- tionen	(4) produktge- bundene Abgaben	(5) Umver- teilungs- saldo	(6) Aufwen- dungen insgesamt (2) + (5)	(7) Subven- tions- quoten (3):(2)	(8) Abgabe- quoten (4):(2)	(9) Umver- teilungs- quoten (5):(2)
	in Mark je Monat					in vH			
Arbeiter und Angestellte	2 050	1 620	589	281	308	1 928	36,4	17,3	19,0
LPG-Mitglieder	2 350	1 697	599	259	340	2 037	35,3	15,3	20,0
Rentner (ohne Erwerbseinkommen)	720	641	384	46	338	979	59,9	7,2	52,7
Drei-Personen Arbeiter und Angestellte mit Nettoeinkommen									
unter 1 600 Mark	1 340	1 225	602	131	471	1 696	49,1	10,7	38,4
1 600 bis 2 000 Mark	1 815	1 599	639	229	410	2 009	40,0	14,3	25,6
2 000 bis 2 400 Mark	2 175	1 786	611	309	302	2 088	34,2	17,3	16,9
2 400 Mark und darüber	2 890	2 043	562	433	129	2 172	27,5	21,2	6,3

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Tabelle 7

Modell II
Umverteilung durch Subventionen und produktgebundene Abgaben
in ausgewählten privaten Haushalten 1988
je Haushaltsmitglied

Haushaltstyp	Durchschnitt- liches Netto- einkommen	Ausgaben privater Verbrauch	Subven- tionen	produktge- bundene Abgaben	Umver- teilungs- saldo	Aufwen- dungen insgesamt
	in Mark je Monat					
Arbeiter und Angestellte	707	559	203	97	106	665
LPG-Mitglieder	712	514	182	78	103	617
Rentner (ohne Erwerbseinkommen)	514	458	274	33	241	699
Drei-Personen Arbeiter und Angestellte mit Nettoeinkommen						
unter 1 600 Mark	447	408	201	44	157	565
1 600 bis 2 000 Mark	605	533	213	76	137	670
2 000 bis 2 400 Mark	725	595	204	103	101	696
2 400 Mark und darüber	963	681	187	144	43	724

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Abbildung 3: Modell 2

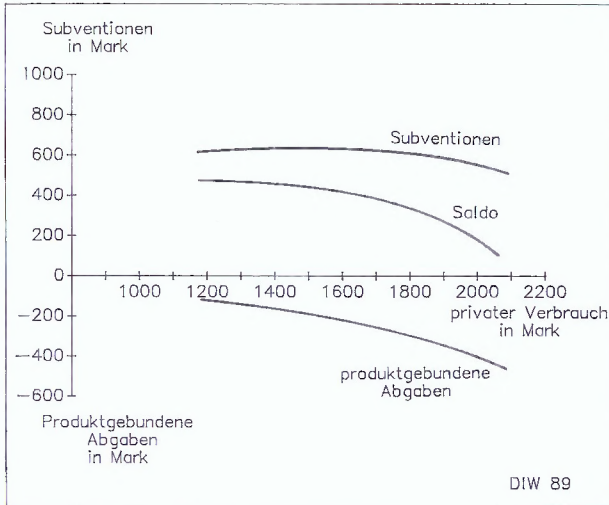
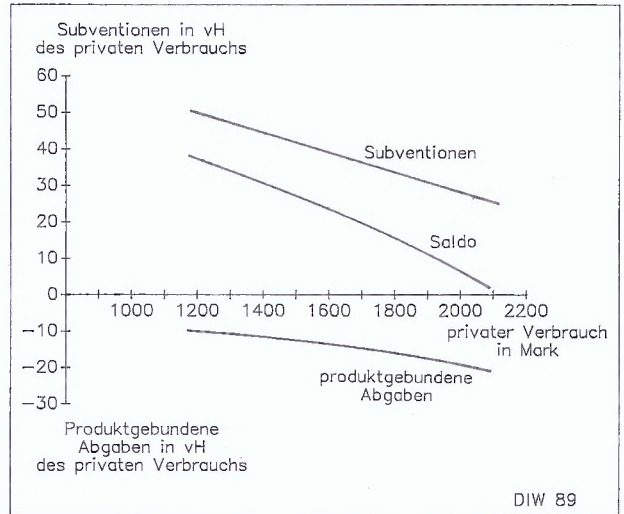


Abbildung 4: Modell 2



- den Begünstigten (Personen, Haushalte) direkt zuzuordnen sind,
- auf die Förderung einzelner sozialer Schichten zielen.

Zur ersten Gruppe zählen etwa die Verwendungszwecke Wohnen, Strom, Gas, Wasser. Dort ließe sich jeweils der Mindestbedarf (m² Wohnfläche, KWh, m³ Gas und Wasser je Person oder Haushalt) festlegen, für den die höheren Preise durch Wohngeld und andere Zuschüsse ausgeglichen werden könnten. In Frage käme

ferner, nur den Mindestbedarf wie bisher zu subventionieren. Ein gespaltenes Preisniveau für diesen Teil des privaten Verbrauchs würde die Folge sein. Das wäre im übrigen nicht neu; schon seit langem wird eine begrenzte Menge von Braunkohlenbriketts an private Haushalte verbilligt abgegeben.

Bei den präferierten Gütern für spezielle Gruppen, das betrifft insbesondere Haushalte mit Kindern, könnten die Subventionen für Kindernahrung, Kinderkleidung und

Tabelle 8

Modell II
Relationen beim privaten Verbrauch vor und nach der Umverteilung
in ausgewählten privaten Haushalten 1988
Bezugsbasis: Haushalte von Arbeitern und Angestellten

Haushaltstyp	je Haushalt				je Haushaltsmitglied			
	vor der Umverteilung		nach der Umverteilung		vor der Umverteilung		nach der Umverteilung	
	in Mark	in vH	in Mark	in vH	in Mark	in vH	in Mark	in vH
Arbeiter und Angestellte	1 620	100	1 928	100	559	100	665	100
LPG-Mitglieder	1 697	105	2 037	106	514	92	617	93
Rentner (ohne Erwerbseinkommen)	641	40	979	51	458	82	699	105
Drei-Personen Arbeiter und Angestellte mit Nettoeinkommen								
unter 1 600 Mark	1 225	76	1 669	87	408	73	565	85
1 600 bis 2 000 Mark	1 599	99	2 009	104	533	95	670	101
2 000 bis 2 400 Mark	1 786	110	2 088	108	595	106	696	105
2 400 Mark und darüber	2 043	126	2 172	113	681	122	724	109

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989. — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

-schuhe sowie Schulbedarf durch eine Anhebung des Kindergeldes ersetzt werden. Die Subventionen für Kinderkleidung und -schuhe betragen gegenwärtig 1,9 Mrd. Mark jährlich¹³, umgerechnet auf die Zahl der Kinder unter 16 Jahren entspricht das einem Betrag von 45 Mark monatlich. Eine andere Form der gruppenspezifischen Differenzierung gibt es seit eh und je im öffentlichen Personenverkehr, z.B. in Form von Schüler- und Rentnerermäßigungen.

Schwieriger sind Subjektförderungen bei Gütern, die auf dem Markt für jedermann zugänglich sind und nicht einzelnen Personen oder speziellen Gruppen zugerechnet werden können. Das betrifft vornehmlich Nahrungsmittel und Dienstleistungen. *Kuczynski* schlägt dafür jetzt ein gespaltenes Preisniveau vor. Beschränkte Mengen sollen zu den bisherigen Preisen mit Hilfe von Lebensmittelkarten verkauft werden, für den Mehrverbrauch würden höhere Preise gelten¹⁴. Mag eine solche Lösung auch einige positive Aspekte haben, psychologisch dürfte sie verheerend wirken. Damit wäre ein Zustand wie vor 1958 wieder hergestellt. Annehmbarer erscheinen generelle Preiserhöhungen, begleitet von Ausgleichszahlungen. Die Modellrechnungen zeigen, daß die absolute Höhe der derzeitigen Subventionen bei allen sozialen Gruppen recht geringe Unterschiede aufweist. Daher bieten sich als Äquivalent für den Wegfall der Subventionen Einkommenstransfers mit gleichen Beträgen je Einwohner an.

Über die indirekten Steuern wird in der DDR öffentlich wenig diskutiert, aber auch in diesem Bereich sollten Änderungen vorgenommen werden — nicht zuletzt wegen des Ausschlusses großer Gruppen vom Erwerb höherwertiger Güter. Ganz entfallen können die produktgebundenen Abgaben wegen ihrer Funktion als Einnahmequelle des Staatshaushalts nicht. Zweckmäßig wäre eine indirekte Besteuerung ähnlich der in der Bundesrepublik. Das hieße spezielle Verbrauchssteuern für Genußmittel und eine einheitliche Umsatzsteuer. Überschlägige Rechnungen haben ergeben, daß Angleichungen an die Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend aufkommensneutral durchgeführt werden könnten.

Die Szenarien müßten bei einer praktischen Umsetzung erheblich verfeinert werden. Es wurden grundsätz-

liche Lösungsmöglichkeiten dargestellt, wie sich die genannten negativen Folgen der bisherigen Preispolitik weitgehend beseitigen ließen, unter der Bedingung, daß allzu große Härten — vor allem für sozial schwächere Gruppen — vermieden werden. Ausgangspunkt der Überlegungen waren Änderungen auf der Ebene der Industrieabgabepreise bei konstanten Betriebspreisen.

Die jetzt von der Regierung im Ansatz vorgelegten Pläne gehen offenbar auch vom Modell unveränderter Betriebspreise aus. Allerdings ist danach an eine Kombination des Abbaus von Subventionen und indirekten Steuern gedacht: Anhebung der Preise für den Grundbedarf und Senkung der Preise für hochwertige Industriegüter. Diese beiden Maßnahmen haben aus der Sicht des Staatshaushalts einen Zusammenhang, sind aber sozial nicht ausgewogen. Sie könnten für besser verdienende Haushalte per Saldo von Vorteil sein, gehen aber zu Lasten der sozial Schwachen, sofern sich die Ausgleichszahlungen — wie ein Interview vermuten läßt — nur auf das Kindergeld und die Mieten beschränken¹⁵.

Der Abbau der Subventionen und indirekten Steuern kann aber nur ein erster Schritt einer grundlegenden Preisreform sein. Diese müßte bei den Betriebspreisen ansetzen, während der Subventionsabbau darauf abzielt, daß im bestehenden System Strukturveränderungen bewirkt werden, die als Niveauekorrekturen — bei Preisen und Einkommen — den Übergang zu Marktpreisen wesentlich erleichtern. Die im ersten Schritt erforderlichen Ausgleichszahlungen dürfen nur Übergangscharakter haben. Bei der eigentlichen Preisreform müssen sie in die ebenfalls erforderliche allgemeine Einkommensreform mit einfließen.

¹³ Vgl. Tribüne vom 21. November 1989, S. 3.

¹⁴ Vgl. Gespräch mit Jürgen Kuczynski. In: Berliner Zeitung vom 18./19. November 1989, S. 9. — Er enthüllte in diesem Gespräch übrigens, daß dieser Gedanke auch schon im Manuskript für einen Artikel im Neuen Deutschland (vgl. Fußnote 2) enthalten war, er ihn aber auf Bitten Erich Honeckers damals gestrichen hätte.

¹⁵ Vgl. Interview mit Christa Luft. In: Berliner Morgenpost vom 12. Dezember 1989, S. 22 und vom 13. Dezember 1989, S. 26.

Mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren war durch zwei herausragende Veränderungen gekennzeichnet: Die Verteilungsrelationen haben sich nachhaltig zugunsten der Gewinne verschoben, und der meßbare Anteil des Staates am Wirtschaftsgeschehen hat abgenommen. Beides war politisch gewollt und könnte oberflächlich betrachtet als Erfolg eingestuft werden, denn nach zunächst nur bescheidenem Wachstum befindet sich die Wirtschaft seit zwei Jahren in einem kräftigen Aufschwung. Dieser hat seine Spuren auch in den öffentlichen Haushalten hinterlassen, deren Situation weitaus günstiger ist als erwartet. In den Haushaltsplänen von Bund, Ländern und Gemeinden war ein gleich hohes Finanzierungsdefizit wie 1988, nämlich über 50 Mrd. DM, vorgesehen; tatsächlich dürften es weniger als 20 Mrd. DM werden — der niedrigste Betrag seit Anfang der 70er Jahre.

Die finanzpolitischen Absichtserklärungen deuten auf eine Fortsetzung der bisherigen Politik hin. In den mittelfristigen Finanzplänen von Bund und Ländern ist auch für die kommenden Jahre ein Ausgabenanstieg von rd. 3 vH im Jahresdurchschnitt vorgesehen. Diese Rate ist merklich geringer als der projizierte Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts von durchschnittlich 4 ½ vH pro Jahr. Schon heute ist jedoch absehbar, daß sich die Planansätze kaum realisieren lassen. In vielen Bereichen hat sich Ausgabenbedarf aufgestaut — teils Folge von Unterlassungen in den letzten Jahren, teils Folge unvorhersehbarer Entwicklungen in der Gegenwart.

Gesamtwirtschaftliche Vorgaben der Finanzplanung

Die mehrjährige Finanzplanung soll Aufschlüsse über die längerfristigen Absichten der finanzpolitischen Entscheidungsträger geben. Die Ansätze sind als politische Eckwerte zu interpretieren und nicht — wie der jährliche Haushaltsplan — als verpflichtende Handlungsanweisung. Grundlage ist die mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Sie soll zeigen, welche Zielwerte die Exekutive unter den gegebenen Ausgangsbedingungen anstrebt. Anhand dieser Vorgaben wird die Entwicklung der Staatseinnahmen geschätzt; zusammen mit den normativen Vorstellungen über die Höhe der öffentlichen Nettokreditaufnahme wird der Ausgabenpielraum abgesteckt.

Die aktuelle Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die bis zum Jahr 1993 reicht, unterstellt eine Fortsetzung des Wachstumsprozesses. Auch in früheren Projektionen der Bundesregierung wurden die jeweiligen Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung immer recht zuversichtlich beurteilt, auch wenn der wachstumspolitische Ehrgeiz in den 80er Jahren stark zurückgenommen werden mußte. In allen Projektionen wurde den privaten Investitionen zur Lösung der gesamtwirtschaftlichen Probleme die Schlüsselrolle zugewiesen. Tatsächlich aber kamen die Wirtschaftsimpulse überwiegend vom Export, während die Investitionstätigkeit — trotz günstiger Rahmenbedingungen — lange Zeit hinter den Erwartungen zurückblieb. Heute, am Ende des Jahrzehnts, ist die Situation anders. Nach fünf Jahren stetigen, aber nur schwachen Wirtschaftswachstums hat sich das Expansionstempo Ende 1987 merklich beschleunigt. Und die Perspektiven für die kommenden Jahre erscheinen als recht günstig.

Ein Indiz für die Stabilität der Auftriebskräfte ist die hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die in-

folge der gestiegenen Kapazitätsauslastung bemüht sind, ihre Produktionsmöglichkeiten zu erweitern. Begünstigt wird dies durch die hohen Gewinne, die in den letzten Jahren erzielt worden sind, und die Gewinnerwartungen: Die Verteilungsrelationen werden durch die absehbare Kostenentwicklung wohl nicht zuungunsten der Unternehmer verändert.

Die Risiken für einen friktionsfreien Fortgang des Aufschwungs sind bei der Geld- und Finanzpolitik sowie in der Tatsache zu suchen, daß die Dynamik noch immer in hohem Maße von der Auslandsnachfrage getragen wird. Die jüngsten Zinserhöhungen signalisieren, daß die Bundesbank steigende Preise nicht tolerieren wird — unabhängig davon, welches die Ursachen sind, ob Verbrauchersteuerrhöhungen, außenwirtschaftliche Einflüsse oder die Tatsache, daß steigende Preise im Aufschwung der Logik marktwirtschaftlicher Prozesse entsprechen. Eine „Lohn-Preis-Spirale“ wie Anfang der 70er Jahre ist indes nicht in Sicht, und es besteht auch kein Grund, sich an einem Zinswettlauf in Europa zu beteiligen. Ein hohes Zinsniveau dämpft in jedem Falle die Investitionsdynamik und damit den Aufschwung.

Die lebhafte Investitionstätigkeit, die gegenwärtig zu beobachten ist, widerspricht auch der These, daß die Bundesrepublik Deutschland als Investitionsstandort an Attraktivität eingebüßt habe. Ebenso die Leistungsbilanzüberschüsse, die eine für unvollstellbar gehaltene Größe erreicht haben. Sie sind nachhaltiger Ausdruck der starken Position der westdeutschen Unternehmen auf den internationalen Märkten, mitverursacht durch den vergleichsweise geringen Anstieg der Lohnstückkosten in den 80er Jahren. Es ist widersprüchlich, wenn die Bundesregierung den Standort Bundesrepublik rühmt, zugleich aber eine Reform der Unternehmenssteuern zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition für notwendig erachtet. Die Projektion selber schreibt den

hohen Außenbeitrag nicht fest, sondern unterstellt, daß er merklich an Bedeutung verliert. Tatsächlich kann es nicht Ziel der Wirtschaftspolitik sein, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte langfristig einzuplanen. Bekanntlich ist die Regierung durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verpflichtet, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht anzustreben. Die Projektion muß deshalb den inländischen Nachfragekomponenten ein stärkeres Gewicht beimessen.

Vom staatlichen Ausgabeverhalten sind aber keine expansiven Impulse zu erwarten, orientiert man sich an der Projektion. Und die Annahmen über den privaten Konsum signalisieren zumindest keine Beschleunigung der Nachfrageexpansion: Trotz Steuerreform 1990 werden die Konsumausgaben nicht stärker zunehmen als die Gesamtwirtschaft. Wachstumsstarke Komponenten sind wieder einmal — folgt man den Vorstellungen der Bundesregierung — die Bruttoanlageinvestitionen. Ihr Anteil am Brutto sozialprodukt soll sich im Projektionszeitraum von knapp 20 auf 22,5 vH erhöhen. Dabei wird das Wachstum der Wohnungsbauinvestitionen mit einer Rate ähnlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veranschlagt, während die öffentlichen Investitionen nur unterdurchschnittlich ausgeweitet werden sollen. Für die privaten Investitionen errechnet sich somit im Durchschnitt ein nominaler Zuwachs von 9 vH, nach Abzug der erwarteten Preissteigerungen ein Wachstum von rund 7 vH pro Jahr, also etwa so viel, wie 1988 und 1989 von den Unternehmen jeweils zusätzlich investiert worden ist.

Gemessen an der projektierten Entwicklung der übrigen Nachfrageaggregate erscheinen diese Raten jedoch als wenig plausibel, denn zu wachsenden Produktionskapazitäten gehört auch eine expandierende Nachfrage — sei es beim privaten Konsum oder beim Export. Die Projektion läßt offen, warum die Nachfrage nach Exporten so stark nachlassen soll (oder die Importe unverhältnismäßig stark ausgeweitet werden können) und welche Auswirkungen dies auf die Investitionstätigkeit hätte. Eine Erklärung für den Anstieg der Investitionsquote könnte darin gesehen werden, daß private Unternehmen von sich aus weit mehr als bisher den steigenden Umwelterfordernissen durch umweltschützende Investitionen Rechnung tragen werden. Eine solche Variante hat aber wenig Wahrscheinlichkeit, denn die Erfahrungen sprechen dafür, daß sich Unternehmen auf freiwilliger Basis nur zögernd auf umweltverträgliche Produktionsverfahren und Produkte umstellen.

Die höhere Investitionsquote steht auch im Widerspruch zu den Annahmen über den Produktivitätsfortschritt. Von 1983 bis 1988 ist die Produktivität je Erwerbstätigenstunde pro Jahr um durchschnittlich 2,5 vH gewachsen, obwohl der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Sozialprodukt gesunken ist. Im Projektionszeitraum soll er aber kräftig steigen, während für die Produktivität mit der gleichen Rate wie im vergangenen Jahrfünft gerechnet wird. Fazit: Entweder ist der Produktivitätsfort-

schrift — ebenso wie die allgemeine Nachfrageentwicklung — zu niedrig oder die Investitionsquote zu hoch angesetzt. Damit gerät aber auch das mittelfristige Beschäftigungsziel in den Widerspruch: Die Bundesregierung erhofft sich von dieser gesamtwirtschaftlichen Konstellation eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um 1,2 Mill. Erwerbstätige; von 1983 bis 1988 waren es — bei gleichem Wachstum, aber anderer Struktur des Sozialprodukts — rund 800 000.

Die Ansätze der Finanzplanung

Den aktuellen Finanzplanungen liegen auf der Einnahmenseite die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom Mai dieses Jahres zugrunde. Diese Schätzung ist schon heute überholt: Das Steueraufkommen dürfte in diesem Jahr — dem Basisjahr — um rund 10 Mrd. DM (ohne EG-Anteile) höher sein, als damals angenommen worden war. 1990 sind es schon 15 Mrd. DM, d.h. der Hälfte der steuerreformbedingten Ausfälle stehen konjunkturbedingte Mehreinnahmen gegenüber. Hinzu kommen die höheren Einnahmen aus der Gewinnabführung der Bundesbank: Im Finanzplan sind für 1990 nur 7 Mrd. DM eingestellt, eher wahrscheinlich sind aus heutiger Sicht 12 Mrd. DM.

Die Entwicklung der Ausgaben orientiert sich an den Empfehlungen des Finanzplanungsrates. Diese werden in den einzelnen Bundesländern von den Innenministern als Richtmarke für die Kommunen weitergegeben. Allerdings sind die kommunalen Finanzplanungen nur bedingt aussagefähig¹, insbesondere deshalb, weil in die Investitionshaushalte keine Projekte aufgenommen werden, deren Finanzierung (durch Fördermittel des Landes) noch nicht gesichert ist. Vor allem in den beiden letzten Planperioden weist der Ausgabebestand stets steil nach unten. Auf der anderen Seite neigen die Kommunen dazu, das Ausgabeniveau zu Beginn der Planungsperiode hoch anzusetzen. Das Statistische Bundesamt versucht in seinen Veröffentlichungen, diese „Verzerrungen“ kommunaler Finanzplanung zu bereinigen. Ergebnisse für die Gemeinden liegen erst für den Planungszeitraum 1988 bis 1992 vor². Nicht berücksichtigt sind in den kommunalen Planungen die Auswirkungen des Strukturhilfegesetzes. Von den zusätzlichen Strukturhilfen des Bundes an die Länder dürften auch die Kommunen profitieren.

Die Ausgabenentwicklung der 80er Jahre wird mit den Ansätzen der Finanzplanung fortgeschrieben: Die Ausgaben der Gebietskörperschaften nehmen um 3 vH jährlich zu. Offenkundig sind diese Planwerte nicht Ausdruck von Vorgaben, die einen Kompromiß zwischen Bedarf und verfügbaren Ressourcen anstreben, mit denen also ver-

¹ Vgl. auch H. Essig: Aussagefähigkeit der kommunalen Finanzplanungsstatistik. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1986.

² Vgl. M. Renz: Kommunale Finanzplanungen 1988 bis 1992. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1989.

**Ausgabenansätze der mittelfristigen Finanzplanung
von Bund, Ländern und Gemeinden**
Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH

	1990	1991	1992	1993
Personalausgaben	2,8	3,5	3,1	3,0
Bund	2,6	4,4	2,9	2,6
Länder	3,1	3,5	3,4	3,3
Gemeinden	2,2	2,5	2,5	2,6
Laufender Sachaufwand	2,9	2,4	2,2	2,3
Bund	2,9	1,2	2,1	2,3
Länder	4,7	3,4	2,2	2,2
Gemeinden	1,3	3,3	2,5	2,5
Zinsausgaben	3,9	7,4	6,1	5,3
Bund	3,1	8,7	7,2	5,9
Länder	4,1	5,9	5,1	4,8
Gemeinden	6,7	6,3	4,7	4,5
Laufende Transferausgaben	3,3	3,3	1,7	1,1
Bund	3,2	3,3	0,7	-0,3
Länder	3,1	3,0	2,3	2,0
Gemeinden	4,1	3,9	4,2	4,1
dar. Renten, Unterstützungen	3,6	4,0	3,0	1,6
Bund	1,7	2,8	1,3	-0,5
Länder	6,4	6,2	3,5	0,2
Gemeinden	4,8	4,6	4,7	4,5
Sachinvestitionen	4,5	2,6	1,9	2,0
Bund	8,5	3,4	0,0	2,2
Länder	4,6	0,3	-1,3	-2,1
Gemeinden	3,6	3,1	3,3	3,2
Ausgaben insgesamt ¹⁾	3,2	3,1	2,9	2,9
Bund	3,5	3,3	2,8	2,8
Länder	3,3	2,8	2,7	2,7
Gemeinden	2,5	3,1	3,3	3,4

¹⁾ Bereinigt um Zahlungen zwischen den einzelnen Haushaltsebenen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Finanzministerien der Länder, Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des DIW.

sucht wird, politische Aufgaben und Ziele mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Vielmehr sind die Werte nur als bloße Fortschreibung der Empfehlungen des Finanzplanungsrates und darauf beruhender Verteilung auf die einzelnen Ausgabearten zu interpretieren.

So sehen die Finanzplanungen für die Personalausgaben Zuwachsraten von lediglich 3 vH im Jahresdurchschnitt vor. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Zielprojektion bedeutet dies für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erneut eine merklich schwächere Einkommenszunahme als in den anderen Wirtschaftsbereichen. Die Zielprojektion selbst gibt keinen unmittelbaren Hinweis auf die Verteilung der Bruttoeinkommen, anders die Eckdaten für die Steuerschätzung. Danach erhöhen

sich die Pro-Kopf-Einkommen der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft um durchschnittlich 3,5 vH pro Jahr. Für den Staat errechnet sich eine Rate von 2,5 vH, wenn man unterstellt, daß die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ähnlich wie in den 80er Jahren steigen wird (um 0,6 vH pro Jahr³). Offensichtlich rechnet die Bundesregierung mit ähnlich zurückhaltenden Lohnabschlüssen wie in den letzten Jahren. Gemessen an den Durchschnittseinkommen hat sich im letzten Jahrzehnt die Kluft zwischen öffentlichem Dienst und der übrigen Wirtschaft geschlossen; 1980 betrug der Vorsprung des öffentlichen Dienstes 13 vH, 1975 sogar ein Viertel. Stellt man — unter Einschluß der Arbeitszeitverkürzungen — auf die Unterschiede der Tarifentwicklung ab, so sind die Tarifverdienste im öffentlichen Dienst seit 1980 um knapp 10 vH hinter jenen in den übrigen Wirtschaftsbereichen zurückgeblieben. Es ist realitätsfern, diese Entwicklung fortzuschreiben.

Knapp bemessen sind auch die Ansätze für die laufenden Sachaufwendungen. Für 1990 sind rund 3 vH, danach nur etwas über 2 vH pro Jahr vorgesehen. Auch hier scheint es sich eher um eine bloße Fortschreibung zu handeln, denn in den letzten Jahren sind die Sachausgaben um eben diese Rate gestiegen. Neben der Sparpolitik dämpften niedrige Preissteigerungen den Ausgabenzuwachs. Die Sparpolitik aber erfordert nun, wegen der Unterlassungen in der Vergangenheit, vermehrt Erhaltungsaufwendungen, und auch die Preise ziehen an. Ähnliche Überlegungen gelten für die öffentlichen Investitionsausgaben, für die 1990 über 4 vH, danach nur noch 2 vH in die Planung eingestellt sind. Diese Ansätze stehen im Widerspruch zu den Erfordernissen: In den letzten Jahren sind viel zu wenig Mittel in die Erhaltung von älteren Einrichtungen der Infrastruktur geflossen, und es werden zunehmend Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Zusätzlicher Investitionsbedarf besteht im Umweltschutz und in der Entsorgung (Mülldeponien usw.), im Wohnungs- und Städtebau, an den Hochschulen sowie im öffentlichen Personennahverkehr. Die aktuelle Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur verstärkt den Handlungsdruck. Die Auswirkungen des Strukturhilfeprogramms des Bundes für die Länder sind in den Finanzplänen von Bund und Ländern, nicht jedoch in denen der Gemeinden enthalten; der Impuls zeigt sich vor allem in den Veränderungsraten für das Jahr 1989.

Auch der Zuwachs der Transferausgaben (u.a. Kriegsofferrenten, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Kinder- und Wohnungsgeld, Zuschüsse an (öffentliche) Unternehmen und an die Träger der Sozialversicherung) ist im Planungszeitraum geringer veranschlagt als der allgemeine Einkommenszuwachs. Und dies, obwohl der Bundeszuschuß an die gesetzliche Rentenversicherung im Zusammenhang mit der Rentenreform 1992 aufgestockt wird, die Leistungen für Kindererziehungszeiten durch Einbe-

³ Teilzeit- auf Vollzeitkräfte umgerechnet.

ziehung weiterer Geburtsjahrgänge nochmals kräftig steigen werden und die Gemeinden mit einem weiterhin überdurchschnittlichen, wenn auch abgeschwächten Anstieg der Sozialhilfeausgaben rechnen. Die zusätzlichen Belastungen infolge der hohen Zahl der Aussiedler und Übersiedler konnten nur zum geringen Teil in der Finanzplanung berücksichtigt werden.

Überhöht dürfte indes der unterstellte Anstieg der Zinsausgaben (knapp 6 vH pro Jahr) sein, deren Entwicklung vom jeweiligen Umfang der Nettokreditaufnahme und vom Niveau der Kapitalmarktzinsen abhängig ist. In den Finanzplänen ist für 1989 ein Gesamtdefizit von 53 Mrd. DM und für 1990 ein Fehlbetrag von 65 Mrd. DM ausgewiesen; bis 1993 soll das Defizit auf 48 Mrd. DM zurückgehen. Diese Zahlen sind überholt, auf allen Ebenen werden die Defizite wesentlich geringer sein. In den jüngsten Eckdaten des Bundesfinanzministeriums wird für 1989 mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von

23 Mrd. DM und für 1990 mit 39 Mrd. DM bei Bund, Ländern und Gemeinden gerechnet. Dabei ist auch für 1990 ein Bundesbankgewinn von 10 Mrd. DM unterstellt, wovon die Hälfte als Einnahme der Bundeskasse verbucht und die andere Hälfte zur Tilgung alter Schulden des Bundes verwendet wird. Der Ausgabenanstieg wird in dieser Rechnung für 1990 auf 3,5 vH veranschlagt, nach 4 vH in dem jetzt zu Ende gehenden Jahr. Schreibt man diese Eckwerte mit den Zuwachsraten der Finanzplanung fort, so geht der Kreditbedarf der öffentlichen Hand rapide zurück; für 1993 errechnet sich dann bereits ein Überschuß von etwa 10 Mrd. DM.

Eine Alternativrechnung

Eine solche Entwicklung ist aber schon deshalb wenig wahrscheinlich, weil volle Kassen politische Begehrlich-

Schätzung der Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften bis 1993

	Ist in Mrd. DM	Schätzung in Mrd. DM					Veränderung in vH		
	1988	1989	1990	1991	1992	1993	gegenüber Vorjahr	Durchschnitt pro Jahr	1990/93
Einnahmen	557,8	618,0	627,5	658,9	694,5	731,3	10,8	1,5	5,2
Steuern	464,4	511,5	515,5	545,2	576,7	609,3	10,1	0,8	5,7
Lohnsteuer	167,5	182,0	178,0	192,0	209,5	228,0	8,7	-2,2	8,6
Gewinnsteuern ¹⁾	71,9	83,5	80,0	86,0	90,0	94,0	16,1	-4,2	5,5
Gewerbsteuer	34,5	36,6	38,5	40,5	42,5	44,0	6,1	5,2	4,6
Steuern vom Umsatz	123,3	131,0	139,0	145,5	152,0	159,0	6,2	6,1	4,6
Sonstige Steuern	67,2	78,4	80,0	81,2	82,7	84,3	16,7	2,0	1,8
Bundesbankgewinn, Postablieferung	5,4	15,5	18,0	16,0	16,0	16,0		16,1	-3,9
Gebühren, Entgelte	28,2	29,5	30,8	32,2	33,8	35,5	4,6	4,4	4,8
Übrige Einnahmen	59,8	61,5	63,2	65,5	68,0	70,5	2,8	2,8	3,7
Ausgaben	609,4	636,3	664,9	696,5	728,5	761,5	4,4	4,5	4,6
Personalausgaben	190,8	196,0	201,8	210,8	220,5	230,5	2,7	3,0	4,5
Laufender Sachaufwand	92,9	97,0	101,1	105,5	110,0	114,5	4,4	4,2	4,2
Zinsausgaben	59,9	60,8	62,0	64,7	67,5	70,0	1,5	2,0	4,1
Laufende Transferausgaben	171,9	184,0	193,5	202,5	211,0	220,0	7,0	5,2	4,4
Sozialversicherung	47,4	53,3	56,0	59,0	61,0	63,0	12,4	5,1	4,0
Renten, Unterstützungen	72,4	77,1	82,5	87,0	91,5	96,5	6,5	7,0	5,4
Unternehmen	28,9	29,6	30,5	31,5	33,0	34,5	2,4	3,0	4,2
Sonstige	23,2	24,0	24,5	25,0	25,5	26,0	3,4	2,1	2,0
Sachinvestitionen	51,9	55,0	58,5	62,0	65,5	69,5	6,0	6,4	5,9
Vermögensübertragungen	25,3	26,5	29,0	31,0	33,0	35,0	4,7	9,4	6,5
Darlehen und Beteiligungen	16,7	17,0	19,0	20,0	21,0	22,0	1,8	11,8	5,0
Finanzierungssaldo	-51,6	-18,3	-37,4	-37,6	-34,0	-30,2			
Nachrichtlich:									
EG-Anteil an den Einnahmen	23,6	22,7	23,9	25,1	26,5	28,0	-3,8	5,3	5,4
Zölle	6,3	6,7	7,2	7,6	8,0	8,5	6,3	7,5	5,7
Anteil Mehrwertsteuer	14,3	14,5	15,1	15,8	16,6	17,5	1,4	4,1	5,0
BSP-Eigenmittel	3,0	1,5	1,6	1,7	1,9	2,0	-50,0	6,7	7,7

¹⁾ Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag.

Quellen: Statistisches Bundesamt, 1989 bis 1993 Schätzungen des DIW.

keit fördern. Ein weiterer Defizitabbau wäre aber auch aus gesamtwirtschaftlichen Gründen nicht zu wünschen, weil sonst die notwendige Verlagerung der Ressourcen von der außen- zur binnenwirtschaftlichen Verwendung erschwert würde. Bedarfsorientierte Überlegungen sprechen für einen zügigen Ausbau der Infrastruktur, und auch soziale Probleme müssen gelöst werden. Die Finanzlage der Gebietskörperschaften ist kein Hindernis, diese Aufgaben rasch in Angriff zu nehmen — im Gegenteil.

Die hier vorgelegte Schätzung der Staatseinnahmen beruht auf den gleichen gesamtwirtschaftlichen Annahmen wie die in der mittelfristigen Finanzplanung. Die Entwicklung des Steueraufkommens wird auch nach der Reform 1990 von der Progression des Einkommensteuertarifs geprägt: Die Elastizität des Lohnsteueraufkommens, d.h. seine prozentuale Veränderung im Verhältnis zur prozentualen Veränderung der Brutto Lohn- und -gehaltssumme, wird nach der Reform nur geringfügig sinken; gegenwärtig beträgt sie rund 2. Für die Gewinnsteuern wird eine weitgehend proportionale Entwicklung zur Gesamtwirtschaft unterstellt, da die gesamtwirtschaftlichen Vorgaben keine weitere Verschiebung zugunsten der Gewinnquote bedeuten. Auch die Steuern vom Umsatz dürften sich parallel zur Bemessungsgrundlage, vor allem den Konsumausgaben, entwickeln, während die speziellen Verbrauchsteuern, die sich überwiegend an Mengen orientieren, schwächer expandieren. Insgesamt wird das Steueraufkommen in den Jahren nach 1990 — legt man die gesamtwirtschaftlichen Vorgaben des Bundeswirtschaftsministeriums zugrunde — im Durchschnitt um 5 ½ bis 6 vH steigen, die gesamten Einnahmen der Gebietskörperschaften werden jährlich um 5 vH zunehmen⁴.

Hält man sich eine „bedarfsorientierte“ und zugleich realistischere Variante vor Augen, so müssen die Ausgaben stärker als in der Finanzplanung vorgesehen ausgeweitet werden. Zum Teil müßten diese Mittel in den Personalbereich fließen. Akuter Personalbedarf besteht an den Hochschulen, im Gesundheitswesen und in den sozialen Diensten. Die Bereiche, in denen eine Verstärkung der Investitionen dringend notwendig ist, sind oben genannt. In der hier vorgelegten Alternative nehmen die öffentlichen Investitionen jährlich um 6 vH, die laufenden Sachaufwendungen um reichlich 4 vH zu. Erhebliche zusätzliche Mittel sind zur Finanzierung von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau notwendig, ebenso für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (Investitionszuschüsse). Für die Vermögensübertragungen ist ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs von 6,5 vH angesetzt. Aber auch Mittelleinsparungen sind möglich, bedenkt man, daß sich infolge der jüngsten politischen Ereignisse die Militärdoktrin in Richtung kostengünstigerer Verteidigungskonzepte ändern wird. Das Gesamtvolumen der Verteidigungsausgaben beträgt zur Zeit immerhin 55 Mrd. DM, am Ende des Planungszeitraums sollen es

fast 62 Mrd. DM sein; davon entfällt rund die Hälfte auf Personalausgaben. Mit einem Teil der einzusparenden Mittel könnten Infrastrukturprojekte in der DDR mitfinanziert werden.

Die laufenden Transferausgaben entwickeln sich in dieser Rechnung parallel zum gesamtwirtschaftlichen Einkommenszuwachs. Überdurchschnittlich dürften die Unterstützungszahlungen steigen; mehr Mittel als in der Finanzplanung fließen auch an die Sozialversicherungsträger.

Auch in dieser Alternativrechnung, in der die Ausgaben entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zunehmen, verringert sich der Kreditbedarf des Staates merklich. Er geht von 37 Mrd. DM auf 30 Mrd. DM im Jahre 1993 zurück; das wären nur 1,1 vH des Bruttosozialprodukts. Dabei ist der Bundesbankgewinn in voller Höhe als Einnahme, also defizitmindernd, im Bundeshaushalt verbucht. Auch die Zinsquote, d.h. der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben, verringert sich in dieser Rechnung, wenn auch nur geringfügig.

Fazit

Zur Zeit profitieren die öffentlichen Haushalte von der günstigen Konjunktur. Eine Aktualisierung der Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung würde trotz der Steuerreform 1990 dazu führen, daß die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden schon in wenigen Jahren ausgeglichen wären. Allerdings negiert eine solche Projektion die Wechselwirkung zwischen Gesamtwirtschaft und Staatshaushalt: Auf Dauer gefährdet eine Sparpolitik des Staates auch die wachstumspolitischen Ziele — es sei denn, es gelingt, einen Teil der öffentlichen Nachfrage durch private zu ersetzen. Bei Überlegungen dieser Art wird indes verkannt, daß staatliche Infrastrukturausgaben und Wirtschaftswachstum sich gegenseitig bedingen und eine veraltete Infrastruktur schon bald als Wachstumsbremse wirkt.

Bei den Steuern besteht nach Inkrafttreten der Reform 1990 kaum weiterer Entlastungsbedarf. Für die Unternehmen könnte eine Senkung der ertragsunabhängigen Steuerlast ins Auge gefaßt werden, hier benachteiligt das deutsche Steuerrecht die Unternehmen im internationalen Vergleich. Eine massive Entlastung im Bereich der Gewinnsteuern — im Gespräch sind 20 bis 30 Mrd. DM — hieße dagegen letztlich auch, daß noch mehr als bisher die Lohnsteuerpflichtigen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen müßten, obwohl die Unternehmen erhebliche Vorteile aus einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur ziehen. 1960 wurde nur ein Zehntel der Ausgaben von Bund, Ländern und Ge-

⁴ Unterstellt ist ein Bundesbankgewinn von 10 Mrd. DM jährlich.

meinden durch das Lohnsteueraufkommen finanziert, während mit den Gewinnsteuern ein Fünftel dieser Ausgaben gedeckt worden ist. 1989 beträgt der Anteil der Lohnsteuer bereits 27 vH, der Anteil der Gewinnsteuern aber nur noch 12 vH.

Die Entwicklung in den 80er Jahren war durch Steuer-senkungen und eine Vernachlässigung der staatlichen Infrastruktur gekennzeichnet. In den 90er Jahren sollten die Modernisierung und der Ausbau der Infrastruktur im Mittelpunkt stehen.

— Der nächste Wochenbericht erscheint am 10. Januar 1990 —

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **/ I Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **/ II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zur betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West).** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse —.** Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel). 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 364. S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrsverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen.** Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskontrolle.** Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.
- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonometrischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1987.** 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität. Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen.** Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonometrischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

DDR: *Verteilungswirkungen von Verbraucherpreissubventionen und indirekten Steuern.* Bearbeitet von Heinz Vortmann. —
Mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte. Bearbeitet von Dieter Vesper.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten